



Einzureichen an: _____

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Innovation und Technologie
Domplatz 12
39104 Magdeburg



Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG

gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Einzel-, Gemeinschafts- und Verbundprojekten im Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbereich

Finanzplanebene 11.01.bs202.05.0 – Stärkung des Ausbaus der Innovationspotentiale in den Leitmärkten, FuE Einzel-, Gemeinschafts- und Verbundprojekte (ohne Hochschulen in Verbundprojekten)

oder

Finanzplanebene 18.13isz17.01.0.Stärkung des Ausbaus der Innovationspotentiale in den Leitmärkten, FuE Einzel-, Gemeinschafts- und Verbundprojekte (REACT-EU)

Gegenstand der Förderung ist die

- industrielle Forschung in Verbindung mit der Errichtung/Herstellung/Anschaffung von Prototypen und/oder Pilotlinien/Pilotprojekten
- experimentelle Entwicklung
- Prozess-/Organisationsinnovation

und die Anmeldung von

- Patent- und anderen gewerblichen Schutzrechten

als

- Einzelprojekt Gemeinschaftsprojekt Verbundprojekt

1. ANGABEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

1.1 Allgemeine Angaben

Name/Firma (ggf. lt. Handelsregister/Vereinsregister)		Gründungsdatum
Straße, Hausnummer		Vorwahl/Rufnummer
PLZ	Ort	ggf. Ortsteil
Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)		Vorwahl/Rufnummer/Fax
E-Mail		
Branche/Tätigkeitsbereich		

Vorsteuerabzugsberechtigt? Ja Nein teilweise mit %



EUROPÄISCHE UNION
EFRE
Europäischer Fonds für regionale Entwicklung

REACT-EU: Als Teil der Reaktion der Union auf die COVID-19-Pandemie finanziert

(Stand: 20.10.2021)

Rechtsform

<input type="checkbox"/> OHG	<input type="checkbox"/> GbR	<input type="checkbox"/> KG	<input type="checkbox"/> GmbH	<input type="checkbox"/> AG	<input type="checkbox"/> Körperschaft ö. R.
<input type="checkbox"/> Verein	<input type="checkbox"/> Sonstige	<input type="text"/>			

KMU gemäß Formblatt KMU-Erklärung?

Ja Nein

1.2 Angaben zu den BeschäftigtenHinweis:

Als Beschäftigte gelten alle lohnsteuer- und sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer. Angabe in Vollzeitäquivalenten.

Beschäftigte im Unternehmen

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------	----------------------

Beschäftigte in der vorhabensausführenden Stelle

im Bereich	Beschäftigte gesamt	davon Frauen	davon Auszubildende
Entwicklung	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Konstruktion	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Fertigung	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Vertrieb	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Verwaltung	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

1.3 Angaben zur Geschäftsführung

<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>

1.4 Kapitaleigner und Beteiligungen

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN**2.1 Vorhabensausführende Stelle**

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
----------------------	----------------------	----------------------

2.2 Vorhabensbezeichnung

Thema des Vorhabens

Kurzbezeichnung des Vorhabens

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

2.4 Kompatibilität des Vorhabens zur Regionalen Innovationsstrategie des Landes Sachsen-Anhalt (RIS)

Welchem der folgenden Leitmärkte bzw. Querschnittsbereiche ist das geplante Vorhaben zuzuordnen? Die Zuordnung muss sich aus der Projektbeschreibung ergeben.

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Energie, Maschinen- und Anlagenbau, Ressourceneffizienz | <input type="checkbox"/> Ernährung und Landwirtschaft |
| <input type="checkbox"/> Gesundheit und Medizin | <input type="checkbox"/> Informations- und Kommunikationstechnologien |
| <input type="checkbox"/> Mobilität und Logistik | <input type="checkbox"/> Schlüsseltechnologien |
| <input type="checkbox"/> Chemie und Bioökonomie | <input type="checkbox"/> Kreativwirtschaft |

3. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

3.1 Ausgaben- und Finanzierungsplan bei pauschalierter Förderung

Sofern keine Pauschalsätze zur Anwendung kommen (vgl. Richtlinien Nr. 5.5 und 5.6) verwenden Sie den Ausgaben- und Finanzierungsplan unter 3.2

Geplante Ausgaben	Betrag (in Euro)	Finanzierung	Betrag (in Euro)
Personalausgaben	<input type="text"/>	Eigenmittel	<input type="text"/>
Ausgaben für Leistungen Dritter (Richtlinien Nr. 5.4 b))	<input type="text"/>	beantragter Zuschuss	<input type="text"/>
Ausgabenpauschale für die Anschaffung von Instrumenten und Ausrüstungen sowie sonstige Betriebsausgaben 15 % der Personalausgaben (Richtlinien Nr. 5.5 a))	<input type="text"/>	Weitere öffentliche Mittel (bitte bezeichnen)	
Ausgabenpauschale für weitere Projektausgaben 15 % der Personalausgaben (Richtlinien Nr. 5.5 b))	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Ausgaben für Patent- und andere gewerbliche Schutzrechte	<input type="text"/>	Fremdmittel* (bitte bezeichnen)	
		<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe	<input type="text"/>	Summe	<input type="text"/>

* Die Angaben sind vom Wirtschaftsprüfer/Steuerberater und/oder vom Kreditinstitut zu bestätigen.

3.2 Ausgaben- und Finanzierungsplan bei Einzelabrechnung

Geplante Ausgaben	Betrag (in Euro)	Finanzierung	Betrag (in Euro)
Personalausgaben	<input type="text"/>	Eigenmittel	<input type="text"/>
Ausgaben für die Anschaffung von Instrumenten und Ausrüstungen (Richtlinien Nr. 5.4 a))	<input type="text"/>	beantragter Zuschuss	<input type="text"/>
Ausgaben für Leistungen Dritter (Richtlinien Nr. 5.4 b))	<input type="text"/>	Weitere öffentliche Mittel (bitte bezeichnen)	
sonstige Betriebsausgaben (Richtlinien Nr. 5.4 c))	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
		<input type="text"/>	<input type="text"/>
		Fremdmittel* (bitte bezeichnen)	
		<input type="text"/>	<input type="text"/>
		<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe	<input type="text"/>	Summe	<input type="text"/>

* Die Angaben sind vom Wirtschaftsprüfer/Steuerberater und/oder vom Kreditinstitut zu bestätigen.

3.3 Abfrage Nettoeinnahmen/Angabe der Sollwerte zu Indikatoren

Nur durch Einrichtungen für Forschung und Wissensverbreitung auszufüllen, die eine Förderung im Rahmen ihrer nichtwirtschaftlichen Tätigkeiten beantragen:

Code	Bezeichnung
EFRE – PO28	Vorhaben, das während der Durchführung Nettoeinnahmen nach Art. 65 (8) VO 1303/2013 erwirtschaftet (ja/nein)
EFRE – PO27	Vorhaben, das nach Abschluss Nettoeinnahmen nach Art. 61 VO 1303/2013 erwirtschaftet (ja/nein)

Werden während der Durchführung des Vorhabens Nettoeinnahmen (z. B. Teilnehmergebühren) nach Art. 65 (8) VO 1303/2013 erwirtschaftet?

Nein Ja – voraussichtliche Höhe der Einnahmen in Euro

Werden nach Abschluss des Vorhabens Nettoeinnahmen nach Art. 61 VO 1303/2013 erwirtschaftet?

Nein Ja – voraussichtliche Höhe der Einnahmen in Euro

Hinweis:

Sofern während der Durchführung oder nach Abschluss des Vorhabens Nettoeinnahmen erwirtschaftet werden, ist dem Antrag das Formblatt „Nettoeinnahmen - Anzeige und Erklärungen“ beizufügen.

4. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte den zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagenchecklisten für Unternehmen bzw. Forschungseinrichtungen.

5. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

Ich/Wir erkläre(n):

- a) Mir/Uns sind die geltenden Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Einzel-, Gemeinschafts- und Verbundprojekten im Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsbereich (FuE-Richtlinien) – Erl. des MW vom 05.12.2017 (Ministerialblatt des Landes Sachsen-Anhalt Nr. 51/2017 vom 29.12.2017, Seite 788 ff., geändert durch Erlass des MW vom 08.03.2021 (MBL LSA 2021, S. 170)) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht, und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-P werden anerkannt.
- b) Der frühestmögliche Beginn des im Antrag dargestellten Vorhabens ist der Zeitpunkt des Antragseingangs. Aus dem förderunschädlichen Vorhabenbeginn zum Zeitpunkt des Antragseingangs kann kein Rechtsanspruch auf eine spätere Förderung abgeleitet werden. Ich/ Wir trage(n) bis zur tatsächlichen Genehmigung des Vorhabens das volle Finanzierungsrisiko. Die bereits ab Vorhabenbeginn einzuhaltenden - im „Merkblatt mit Hinweisen zum förderunschädlichen Vorhabenbeginn für das Förderprogramm FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG“ genannten Bedingungen - habe(n) ich/wir zur Kenntnis genommen. Soweit keine Beihilfe nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) beantragt wird, erkläre(n) ich/wir, mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabenbeginn grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden verbindlichen Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten ist. Die Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens, von Planungsarbeiten und erforderlichen Gutachten zur Beurteilung der Förderfähigkeit gelten nicht als Beginn des Vorhabens, sofern sie nicht alleiniger Zweck der Förderung sind. Gleiches gilt bei Baumaßnahmen für Planung, Bodenuntersuchung, Grunderwerb und das Herrichten des Grundstücks.
- Soweit eine Beihilfe nach der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) beantragt wird, erkläre(n) ich/wir, mit den Arbeiten für das Investitionsvorhaben nicht vor Antragstellung begonnen zu haben. Beginn der Arbeiten für das Vorhaben ist entweder
- a) der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages oder
- b) der Beginn der Bauarbeiten für die Investition oder
- c) die erste rechtsverbindliche Verpflichtung zur Bestellung von Ausrüstung oder
- d) eine andere Verpflichtung, die die Investition unumkehrbar macht.
- Der früheste der vorgenannten Zeitpunkte ist maßgebend. Der Kauf von Grundstücken und Vorarbeiten wie die Einholung von Genehmigungen und die Erstellung vorläufiger Durchführbarkeitsstudien gelten nicht als Beginn der Arbeiten für das Vorhaben. Bei Baumaßnahmen gelten Planung und Bodenuntersuchung nicht als Beginn der Arbeiten. Bei der Übernahme ist der Beginn der Arbeiten für das Investitionsvorhaben der Zeitpunkt des Erwerbs der unmittelbar mit der erworbenen Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerte.
- c) Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden.
- d) Ich bin/Wir sind zahlungsfähig, und gegen mich/uns steht ein (Verbraucher-)Insolvenzverfahren nicht unmittelbar bevor und ist nicht beantragt, eröffnet oder mangels Masse eingestellt worden. Ich/Wir verpflichten(n) mich/uns, unverzüglich der IB mitzuteilen, wenn bis zur Bewilligung dieses Antrags ein Insolvenzverfahren unmittelbar bevorstehen sollte, beantragt, eröffnet oder mangels Masse abgelehnt oder eingestellt wird.
- e) Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- f) Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftsverkehr. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- g) Ich/Wir werde(n), das Vorhaben nicht im Auftrag Dritter oder auf Rechnung Dritter durchführen.
- h) Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 3.1 bzw. 3.2 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- i) Gegen mein/unser Unternehmen liegt keine Rückforderungsanforderung aufgrund eines früheren Beschlusses der Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer von Deutschland gewährten Beihilfe und Ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt vor, der ich/wir nicht nachgekommen bin/sind.
- j) Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet bin/sind, die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) zu beachten.
- k) Bei der Realisierung des beantragten Vorhabens werden die hierfür geltenden Vorschriften des Umweltrechts der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt eingehalten, sofern geschützte Umweltmedien von dem Vorhaben betroffen sind (z. B. durch Emissionen in Luft, Wasser, Boden, Lärm, Abfall). Es wird sichergestellt, dass negative Umweltwirkungen durch das Vorhaben entsprechend den aktuellen Umweltstandards so gering wie möglich gehalten werden.
- l) Ich/Wir werde(n) vom Zeitpunkt des Vorhabensbeginns die Arbeitsstunden auf dem vorgegebenen Stundennachweisformular (IB-Formblatt) erfassen.
- m) Mir/Uns ist bekannt, dass soweit Zuwendungen für Personalausgaben bewilligt werden, für die gleichen Ausgaben keine Forschungszulagen gemäß Forschungszulagengesetz (FZulG vom 14.12. 2019 (BGBl. I S. 2763)) beantragt/in Anspruch genommen werden dürfen.
- n) Ich versichere/Wir versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Anlagen eintreten.
- o) Folgende Erklärungen habe ich/haben wir rechtsverbindlich unterschrieben als Anlagen zum Antrag beigefügt:

Unternehmen sowie Forschungseinrichtungen bei Förderung im Rahmen der wirtschaftlichen Tätigkeit:

- KMU-Erklärung
- Erklärung zur Vergabe von Aufträgen
- Erklärung des Unternehmens zur Frage eines „Unternehmens in Schwierigkeiten“
- Erklärung zur Einhaltung des Besserstellungsverbots (ggf. mit Anlage(n))

Erklärung(en) zur Datenverarbeitung

Forschungseinrichtungen bei Förderung im Rahmen der nichtwirtschaftlichen Tätigkeit:

Erklärung zur Vergabe von Aufträgen

Bestätigung, dass das zu fördernde Forschungsprojekt dem nichtwirtschaftlichen Tätigkeitsbereich Forschungseinrichtung zuzurechnen ist (inkl. Begründung)

Erklärung zur Einhaltung des Besserstellungsverbots (ggf. mit Anlage(n))

nur sofern unter Ziffer 3.3. Nettoeinnahmen angegeben wurden: Formblatt Nettoeinnahmen – Anzeige und Erklärungen

Erklärung(en) zur Datenverarbeitung

p) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/ Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich/wir mich/uns damit einverstanden.

q) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.

r) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung). Ich/Wir gebe(n) hiermit mein/unser Einverständnis, dass die von der IB im Bedarfsfall von den Finanzbehörden erhobenen Daten an die Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet werden können, wenn Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegen; insoweit befreie(n) ich/wir die IB ebenfalls von ihrer Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses.

Ja

Nein

s) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1.1, 1.2, 1.3, 1.4, 2.1, 2.2, 2.3, 2.4, 3.1, 3.2 sowie 3.3, 5 a), 5. b), 5 c), 5. d), 5 e), 5 f), 5 g), 5 h), 5 i), 5 j), 5 k), 5 l), 5 m), 5 n), 5 o) und 5 p) dieses Antrages und die Angaben in den gemäß der Unterlagencheckliste für Unternehmen für dieses Programm Ziffer 1, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19 und 20 bzw. der Unterlagencheckliste für Forschungseinrichtungen für dieses Programm Ziffer 1, 3, 4, 5, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15 und 16 beizufügenden Unterlagen sowie die Angaben in der mit diesem Antrag abgegebenen KMU-Erklärung bzw. in der KMU-Erklärung vom

Tag/Monat/Jahr

abgegeben für eine Förderung aus dem Programm

Subventionserheblich sind ferner solche Tatsachen, die durch Scheingeschäfte oder Scheinhandlungen verdeckt werden, sowie Rechtsgeschäfte oder Handlungen unter Missbrauch von Gestaltungsmöglichkeiten im Zusammenhang mit der beantragten Zuwendung (§ 4 SubvG).

6. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

6.1 Publikation

Uns/Mir ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit vorhabensrelevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 bzw. bei der Gewährung einer Einzelbeihilfe über 500.000 EUR gemäß Artikel 9 Absatz 1, Buchstabe c der Verordnung (EU) Nr. 651/2014) vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

6.2 Zustimmung zur Beratung und Information

Ich/Wir möchte(n) über individuell für mich/uns passende Produkte der IB und über den Start und die Änderungen von Förderprogrammen informiert werden. Diese Einwilligungen sind freiwillig und können jederzeit, auch einzeln, mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden.

Ihre Einwilligung ist elementar für eine qualifizierte Beratung durch unser Haus, falls Sie dennoch keine Einwilligung zu Analyse- und/oder Informationszwecken erteilen möchten oder Ihre Einwilligung zu einem späteren Zeitpunkt widerrufen, wirkt sich dies nicht auf die von Ihnen beantragte (Kredit-/Zuschuss-/Zuweisungs-) Förderung aus.

a) Zustimmung zur Analyse von Daten zur Person

Wir versichern Ihnen vorab, dass wir Ihre nachfolgend genannten Daten absolut vertraulich behandeln und nicht an unberechtigte Dritte weitergeben. Dazu sind wir zudem auch rechtlich, z. B. durch das Bankgeheimnis, verpflichtet. Die IB wird (nur sofern notwendig) für eine individuelle Beratung folgende Daten über mich/uns verknüpfen, gemeinsam auswerten und verwenden:

1. Personendaten, wie Name, Geburtsdatum, Familienstand, Beruf
2. Kontaktdaten, wie Adresse, E-Mail und Telefonnummern
3. Daten zu meiner Bonität, meiner finanziellen Situation und zu meinem Kreditrisiko
4. Daten aus Beratungsgesprächen, Vertriebsaktivitäten, Dokumentationen und Erhebungsbögen sowie vergleichbare Daten
5. Statistische Daten, welche mir mithilfe allgemeiner Kriterien zugeordnet werden können, beispielsweise für die Eignung bestimmter Förderprodukte für bestimmte Altersgruppen, Regionen oder Branchen

Zweck der Analyse der Daten zur Person: Die IB berät, betreut und informiert mich/uns möglichst passgenau, z. B. über für mich/uns geeignete neue Förderprodukte der IB.

Ja, ich bin/wir sind mit der Verknüpfung, Auswertung und Verwendung meiner/unserer aufgelisteten Daten zu vorgenannten Zwecken einverstanden.

b) Einwilligung zur Informationsübermittlung

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns damit einverstanden, dass die IB die mit dem Förderantrag erhobenen persönlichen Daten nutzt, um mir/uns interessante Informationen zu weiteren Fördermöglichkeiten zukommen zu lassen:

per Post

telefonisch

per E-Mail

6.3 Hinweise zur Datennutzung

In der Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ finden Sie eine kompakte Übersicht über den Umgang der IB mit Ihren Daten sowie der Ihnen zustehenden Rechte nach der DS-GVO. Die Anlage „Erklärung zur Datenverarbeitung“ ist jeder betroffenen natürlichen Person zur Kenntnis zu geben, für die im Rahmen der Antragsbearbeitung und zur Abwicklung der Förderung die Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich ist.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)